

SHELL-STUDIE JUGEND 2019

Jugend zwischen Weltoffenheit und Populismus

Seit 1953 werden die Shell-Jugendstudien veröffentlicht und bilden einen verlässlichen Einblick in Veränderungen der Lebenswelten und Einstellungen junger Menschen zwischen 12 und 25 Jahren. Die aktuelle 18. Studie beleuchtet unter anderem, wie politische Weltansichten mit dem sozialen Status zusammenhängen oder was der Nährboden von Populismus sein kann.

Anders als die letzten Studien zeigt sich eine Generation, die nicht mehr vor allem an das persönliche Wohlergehen denkt, sondern mehr an die gesellschaftliche Zukunft. Damit hat auch politisches Engagement an Gewicht gewonnen – verbunden mit dem Wunsch nach mehr Mitsprache und Handlungserwartungen an Politik und Ökonomie. Besonders der Anteil politisch stark Interessierter verdoppelt sich auf 8 Prozent, das Interesse weiblicher Jugendlicher stieg von 30 Prozent auf 38 Prozent; allerdings zeigen weiterhin 60 Prozent wenig Interesse an politischen Fragen. Die „Bildungsposition“ und damit der soziale Hintergrund spielt dabei eine wichtige Rolle: Es gibt ein starkes Gefälle von Studierenden (66 Prozent interessiert) zu „Nicht-Gymnasiasten“ (25 Prozent).

Bildung:

Soziale Selektion nicht überwunden

Die Anteile der Bildungsgänge haben sich völlig umgedreht: nur noch 7 Prozent der Jugendlichen besuchen heute eine Hauptschule, auch der Anteil von Realschülerinnen und Realschülern ging zurück (20 Prozent), dagegen ist das Gymnasium mit 47 Prozent neben integrativen Schulformen (26 Prozent) am meisten begehrt. Als Wunschabschluss liegen Abitur und Fachhochschulreife sogar bei 68 Prozent (2002: 53 Prozent), womit auch die Zukunft von Schularten ohne gymnasiale Oberstufe hinterfragt wird. Die Erfolgsaussichten sind allerdings bei Jugendlichen, deren Vater selbst die Hochschulreife besitzt, mit 81 Prozent mehr als doppelt so hoch wie bei Hauptschuletern, deren Kinder die Schule mit einer sechsfach höheren Wahrscheinlichkeit mit

Hauptschulabschluss verlassen. „In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich an den ungleichen Erfolgchancen nichts Maßgebliches geändert“, beklagen die Autoren. Mit diesen Unterschieden sind auch gegensätzliche Weltansichten verbunden. „Nicht-Gymnasiasten“ tragen viel eher

„Lehrkräfte benötigen mehr Zeit, um vorschnelle Generalisierungen besprechen und aufzuarbeiten zu können, bevor sie sich verfestigen.“

Abstiegs- und Zukunftsängste mit sich. Von den befragten Jugendlichen ohne Abschluss sind zwei Drittel ohne Arbeit, von denen mit Hauptschulabschluss immerhin noch ein Drittel. Sie müssen viel stärker um ihren Platz kämpfen und sich gegen andere durchsetzen. Andere Studien belegen, dass gerade für Hauptschülerinnen und Hauptschüler Ausbildung und Arbeitsplatz als existenziell angesehen werden und bei ihnen die nicht unberechtigte Angst, keinen Arbeitsplatz zu finden, zwischen der 7. und 9. Klasse signifikant zunimmt und das Selbstvertrauen untergräbt (Lill 29). Verstärkend wirken Brüche in den Bildungskarrieren, die bei etwa der Hälfte der Kinder aus der Unterschicht festgestellt werden. Schon die Gefahr des Sitzenbleibens ist fünfmal so hoch wie bei denen aus der Oberschicht (5 Prozent). Das Benachteiligungsempfinden und das Gefühl, die eigene Zukunft nicht ausreichend bestimmen zu können, machen anfällig für Populismus. (84) Von den Jugendlichen, die den Hauptschulabschluss besitzen oder anstreben, gehören etwa 50 Prozent zum eher populistischen Spektrum.

Respekt für Vielfalt

Die Studie fächert die politischen Einstellungen auf zwischen Kosmopoliten (12 Prozent), Weltoffenen (27), Nicht-eindeutigen (28), Populismus-Geneigten (24) und Nationalpopulisten (9), die sich z. B. starke Führer wünschen.

Bei 80 Prozent der Jugendlichen liegen populistische und humanistische Muster allerdings nebeneinander; dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat, finden nicht nur Weltoffene gut, sondern auch die Mehrheit der Nichteindeutigen und ein Drittel der Populismusedigenen. Umge-

kehrt will ein Drittel der Weltoffenen eine Verringerung der Zuwanderung. Aber auch die Hälfte der Weltoffenen beklagt, dass man zu schnell als Rassist beschimpft wird, wenn man etwas Kritisches über Ausländer sagt. Gestiegen ist die Angst vor Zuwanderung (von 28 auf 33 Prozent), besonders bei solchen mit HS-Abschluss, unter denen Jugendliche mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind. Noch stärker zugenommen hat in allen Gruppen aber die Angst vor Ausländerfeindlichkeit (von 48 auf 52 Prozent) sowie vor der Konfrontation von Menschen mit verschiedenen Religionen und einer Polarisierung von Meinungen. Sehr hoch ist die Angst vor Terroranschlägen (66 Prozent).

Toleranz, die Respektierung der Vielfalt von Menschen, ist dagegen in gewisser Weise ein Markenzeichen dieser Generation, ausgenommen sind nur die harten Nationalpopulisten. Vorbehalte gegenüber türkischen Familien etwa sanken in 10 Jahren von 27 auf 18 Prozent. Harmonische persönliche Beziehungen mit Freunden und Familie als „sicherer Heimathafen“ stehen für alle ganz oben auf

der Werteskala. Von einer Parallelgesellschaft kann nicht die Rede sein.

Geht der Trend nach links?

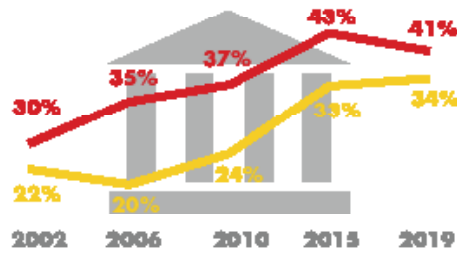
Die politische Selbsteinschätzung belegt eine deutliche Tendenz nach links: 14 Prozent sehen sich links, 27 eher links, der Anteil sich rechts oder eher rechts Positionierenden ist auf 13 Prozent deutlich gesunken. Studierende ordnen sich sogar zu 56 Prozent als links ein, Gymnasiasten zu 48 Prozent, Nicht-Gymnasiasten allerdings nur zu 32 Prozent. Da der Klima-Protest eher links eingeordnet wird, sieht die Studie einen Zusammenhang zwischen Klimabewegung und zunehmender Einordnung nach links. Soziale Gerechtigkeit ist für Jugendliche ein hoher Wert. Während über drei Viertel der sich links einordnenden Kosmopoliten finden, dass es in Gesellschaft und Bildung sozial gerecht zugeht, beklagen die drei Viertel rechten Nationalpopulisten nicht nur eine soziale Schieflage, sondern auch fehlende politische Einflussmöglichkeiten („andere bestimmen“). Die höhere Populismusaffinität bei Jugendlichen aus der unteren Schicht ist also verbunden mit Zweifeln an sozialer Gerechtigkeit, gleichen Bildungschancen, fairer Bezahlung, mit einem geringen Vertrauen, politisch etwas bewirken zu können, wenig Kontrolle über das Leben zu haben und kämpfen zu müssen, notfalls auch mit Ellenbogen. Daraus speist sich auch die Gefahr, dass die „sehr personalisierte Vorstellung von Staat und Politik“ (Lill 30) mit populistischen Modellen autoritärer Führung bedient wird.

Herausforderungen für die Bildung

Für die Bildung und das Bildungswesen stellt die Studie sowohl eine Bestätigung als auch eine Herausforderung dar. Demokratie wird durchgängig befürwortet und nur bei einem Teil der Nationalpopulisten abgelehnt. Die Betonung eines sozialen Lernens und einer Respektierung von Anderssein in Schulen wirkt „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) entgegen. Die vorschnelle Tabuisierung der Benennung von Problemfeldern als „Rassismus“ birgt allerdings die Gefahr, Verschwörungstheorien des Nationalpopulismus zu bestätigen. Lehrkräfte benötigen (mehr!) Zeit, um vorschnelle Generalisierungen besprechen und aufzuarbeiten zu können, bevor sie sich verfestigen.

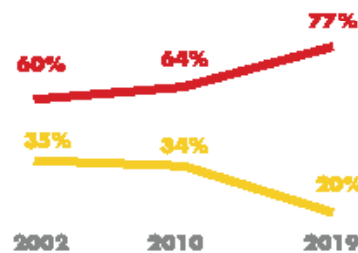
Interesse an Politik

Politisches Interesse bleibt stabil
Bedeutung von politischem Engagement steigt

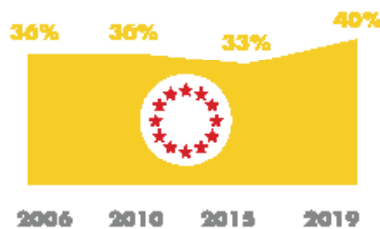


Zufriedenheit mit der Demokratie steigt weiter

sehr zufrieden/eher zufrieden | unzufrieden



Vertrauen in Europäische Union ist leicht gewachsen



Quelle: Shell Jugendstudie 2019

Vermutlich trägt der schulische Kontext besonders bei Jugendlichen in den nichtgymnasialen Bildungsgängen zu einer „Individualisierung sozialer Problemlagen“ bei. Hier werden aber auch Schieflagen bei Absolvent*innen der „oberen“ Bildungsgänge sichtbar, die soziale Gerechtigkeit als gegeben ansehen und so die nichtgymnasiale Schülerschaft als Selbstversager etikettieren. Politische Bildung als Demokratiebildung darf sich nicht mit der Behauptung formaler Gleichheit zufriedengeben. Die Ablehnung einer sozialen Spaltung der Gesellschaft bei allen Gruppen bietet jedenfalls eine solide Basis für weitergehende Lernprozesse.

Bei nichtgymnasialen Schülerinnen und Schülern werden offenbar auch Erfahrungen der „Selbstwirksamkeit“ weniger entwickelt, also die Erfahrung, (auch gemeinsam!) im schulischen Rahmen

Politikverdrossenheit auf hohem Niveau



Jugendliche haben Angst vor...



etwas bewirken und verändern zu können. Das ist eine Baustelle für den weiteren Ausbau einer demokratischen Schulkultur.

Die Studie zeigt, dass die politische Bildung einer Stärkung bedarf. Einer Bildung, die an den konkreten Lebensbedingungen und Konflikten ansetzt und sie mit dem Ziel einer sozialen Gesellschaft verbindet. Sie stellt auch die Gewerkschaften vor die Aufgabe, bei ihren jungen Mitgliedern Solidarerfahrungen zu ermöglichen, mit ihnen zu agieren und nicht nur für sie. █

Erhard Korn

Zur Vertiefung

- **Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort.** Weinheim (Beltz) 2019
- **Kurzfassung: www.shell.de**
- **Max Lill, The Kids are alright? Ausgewählte Befunde aktueller Jugendstudien, Berlin 2016**